

Bürgermeister: EU hält Zuschüsse bereit

Übersee liebäugelt mit Leader-Beitritt

Übersee - Vorerst nur eine Absichtserklärung für einen möglichen Beitritt zur Lokalen Arbeitsgruppe (LAG) "Chiemgauer Seenplatte" für die Jahre 2014 bis 2020 hat der Gemeinderat in der jüngsten Sitzung am Donnerstag abgegeben. Das Programm "Leader" der EU lockt mit 50-prozentigen Zuschüssen.

Leader ist ein EU-Förderprojekt, das die Lebensqualität im ländlichen Raum fördert und die Region auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Entwicklung unterstützt. Leader setzt auf die Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden und ganzer Regionen und verfolgt in Leader-Aktionsgruppen (LAG) mit engagierten Akteuren aus der Region einen bürgerorientierten Ansatz. In der Förderperiode von 2007 bis 2013 hatte die LAG "Chiemgauer Seenplatte" 16 Mitgliedsgemeinden in den beiden Landkreisen Rosenheim und Traunstein. Übersee hatte sich seinerzeit gegen einen Beitritt ausgesprochen.

Wie Bürgermeister Marc Nitschke den Gemeinderat informierte, müssen die Mitglieder der Arbeitsgruppe für die Erstellung eines "Regionalen Entwicklungskonzeptes" zu Beginn der Förderperiode einen einmaligen Betrag von etwa 30000 Euro, je Gemeinde etwa 1500 Euro, zahlen. An laufenden Kosten fallen ihm zufolge zusätzlich 2300 Euro jährlich pro Gemeinde in der sechsjährigen Förderperiode von 2014 bis 2020 an.

Der Gemeindechef verwies jedoch auf die attraktiven Fördermöglichkeiten von 50 Prozent von Projekten hin, für die es sonst keine Zuschüsse geben würde. So seien in der vorhergehenden Förderperiode von 2007 bis 2013 bis heute insgesamt 30 Projekte in der Region umgesetzt worden mit einem Investitionsvolumen von 4,4 Millionen Euro und einer Leader-Förderung von rund 1,7 Millionen Euro. "Wir haben genug Projekte, die wir mit Leader voranbringen könnten", betonte der Bürgermeister.

Die Gemeinderäte signalisierten eine breite Zustimmung zu dem Projekt. Lediglich Hans Schönberger (Freie Bürgerliste) gab zu bedenken, dass man sich angesichts der bestehenden Mitgliedschaft im "Ökomodell Achantal" und anderer interkommunaler Zusammenschlüsse nicht verzetteln sollte.

Paul Reichl (CSU) rief dazu auf, mit einer vorläufigen Absichtserklärung für eine Mitgliedschaft zunächst einmal ein Zeichen zu setzen. Nach dem geplanten Gedankenaustausch mit den anderen potenziellen Mitgliedsgemeinden könne man dann endgültig entscheiden. Für diesen Weg entschied sich das Gremium einstimmig. Vd